



Niederschrift 56. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen

Sitzungstermin:	Mittwoch, 19.03.2014
Sitzungsbeginn:	17:30 Uhr
Sitzungsende:	20:30 Uhr
Ort, Raum:	R. 280 a, Stadthaus

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr Dr. Hagen Wegewitz SPD

Ausschussmitglieder

Herr Dr. Klaus-Uwe Gunold DIE LINKE
Herr Peter Kaminski DIE LINKE
Herr Florian Engels SPD
Herr Horst Heinzl CDU
Herr Peter Schüler Bündnis 90/Die Grünen

zusätzliches Mitglied

Herr Peter Schultheiß Potsdamer Demokraten

sachkundige Einwohner

Herr Robert Wolff Bündnis 90/Die Grünen
Frau Sabine Gräf SPD
Herr Ingo Korne DIE LINKE
Frau Hannelore Mehls Behindertenbeirat
Herr Uwe Stab SPD
Herr Dr. Reinhard Stark Seniorenbeirat

Beigeordnete

Herr Burkhard Exner Bürgermeister, Beigeordneter GB 1

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Frau Birgit Müller DIE LINKE entschuldigt
Herr Stefan Becker FDP entschuldigt

Schriftführer/in:

Herr Mathias Jeske

Tagesordnung:**Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 19.02.2014 / Feststellung der öffentlichen
Tagesordnung
- 3 Informationen zur Haushaltslage der Landeshauptstadt Potsdam
Oberbürgermeister, Fachbereich Finanzen und Berichtswesen
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 4.1 Kurzfristige Gespräche zur Verlegung der 110-KV-Leitung in Marquardt und
Golm
Vorlage: 12/SVV/0664
Fraktion SPD
- 4.2 Ortspläne an Ortsteileingängen
Vorlage: 13/SVV/0653
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 4.3 Straßenausbaubeitragssatzung überarbeiten
Vorlage: 14/SVV/0035
Fraktion SPD
- 4.4 Zeitplan Haushalt 2015/2016
Vorlage: 14/SVV/0196
Oberbürgermeister, Fachbereich Steuerung und Innovation, Fachbereich
Finanzen und Berichtswesen
- 4.5 Wirtschaftspläne 2014 der Unternehmen, an denen die LHP mit mehr als 50 %
beteiligt ist
Vorlage: 14/SVV/0154
Oberbürgermeister, Fachbereich Finanzen und Berichtswesen

Protokoll:**Öffentlicher Teil****zu 1 Eröffnung der Sitzung**

Herr Dr. Wegewitz begrüßt die Ausschussmitglieder, Vertreter der Verwaltung
und Gäste zur 56. Sitzung des Ausschusses für Finanzen.

**zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 19.02.2014 / Feststellung der öffentlichen
Tagesordnung**

Herr Dr. Wegewitz stellt die Beschlussfähigkeit sowie die ordnungsgemäße Ladung fest. Zu Beginn der Sitzung sind 7 von 7 Ausschussmitgliedern anwesend.

Herr Dr. Wegewitz fragt nach Einwänden zur Tagesordnung.

Da keine Einwände gegen die Tagesordnung bestehen, wird diese einstimmig bestätigt.

Da auch keine Einwände gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung des Ausschusses für Finanzen vom 19.02.2014 bestehen, wird diese ebenfalls bestätigt.

**zu 3 Informationen zur Haushaltslage der Landeshauptstadt Potsdam
Oberbürgermeister, Fachbereich Finanzen und Berichtswesen**

Herr Exner berichtet, dass eine Prognose im Februar noch recht schwierig erscheint, die Steuereinnahmen sich aber im Plan befinden. Bei den Zuweisungen ergibt sich aus den aktuellen Mitteilungen vom Land ein klareres Bild mit ca. 800 Tsd. € Mindereinnahmen.

Herr Schultheiß fragt, ob diese Mindereinnahmen im Plan enthalten sind.

Herr Exner verneint dies.

Herr Dr. Wegewitz informiert, dass das Land seine Einnahmeprognose nach oben korrigiert hat und möchte wissen, ob die Stadt davon profitiert.

Herr Exner verweist auf den Tagesordnungspunkt 4.4, da er in diesem Tagesordnungspunkt darauf eingehen wird.

zu 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

**zu 4.1 Kurzfristige Gespräche zur Verlegung der 110-KV-Leitung in Marquardt und
Golm
Vorlage: 12/SVV/0664
Fraktion SPD**

Herr Dr. Wegewitz begrüßt die Mitglieder der Bürgerinitiative und lässt über den Rederechtsantrag dieser abstimmen.

Dem Rederechtsantrag wird einstimmig zugestimmt.

Herr Dr. Wegewitz ruft gleichzeitig die Mitteilungsvorlage (DS 14/SVV/0254) der Verwaltung auf, da dieser Bericht über die Prüfung zur 110-KV-Leitung in der Ortslage Golm informiert.

Frau Wersig und Frau Baer nehmen ihr Rederecht wahr:

Sie stellen nochmals klar, dass es keine weitere Zeit mehr beim Stromtrassenbau gibt. In dieser Stadt werden finanzielle Entscheidungen nach persönlichen Interessen getroffen, gesundheitliche sowie technische Risiken werden nicht weiter beachtet. Hinzu kommt die landschaftliche Verunstaltung und optische Abwertung der Umgebung.

Die Kosten werden hier gestaffelt über 5 Jahre verteilt und andere Projekte werden um Millionen aufgestockt.

Die Verhandlungen sind jetzt und die E.DIS wird keine weiteren Eingeständnisse mehr machen.

Hier handelt es sich nicht um ein Luxusproblem, sondern um die Sicherheit und Gesundheit der zukünftigen Generationen.

Herr Krause informiert über mögliche zusätzliche Einnahmen, welche zur Deckung dienen könnten. Durch das Umlegungsverfahren Nr. 5 werden bis zu 2 Mio. € regeneriert, zudem befindet sich im Raum Golm Bauerwartungsland in städtischem Eigentum, welches gewinnbringend veräußert werden kann.

Herr Kümmel (Bereich 921 – Büro des Oberbürgermeisters) informiert aus dem letzten Hauptausschuss am 26.02.2014 und aus der Mitteilungsvorlage 14/SVV/0254.

Herr Exner informiert anhand einer Präsentation über den Investitionshaushalt und die Kreditverpflichtungen der Landeshauptstadt Potsdam sowie die kommunalrechtlichen Auflagen, wonach keine weiteren Kreditaufnahmen mehr möglich sind.

Herr Schultheiß fragt nach Pflichten des Trassenerneuerers und nach Gesetzen, die diese Trassen durch Ortschaften verbieten könnten. Zudem halten kommunale Unternehmen 33 % der Aktien an der E.DIS. Er fragt wie viele Aktienanteil Potsdam davon hält und wer im Aufsichtsrat sitzt.

Herr Schultheiß fragt auch nach einer Kostenübernahme durch die EWP GmbH.

Herr Heinzl stimmt einerseits dem Kämmerer zu, da keine Gelder verfügbar sind und andererseits stimmt er für den Bürger. Hier sei genug geredet, die E.DIS ändert ihre Meinung nicht mehr, daher müssen jetzt Entscheidungen her.

Herr Heinzl bringt folgenden Änderungsantrag der CDU-Fraktion ein:

„Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, die Übernahme der Mehrkosten für die unterirdische Leitungsverlegung der 110-KV-Leitung in der Ortslage Golm, dargestellt im Punkt eins und unter Berücksichtigung des Punktes 3 aus der Vorlage 14/SVV/0254, in einer Verwaltungsvorlage in der Aprilsitzung der SVV zum sofortigen Beschluss vorzulegen.

Die im Punkt 1 aufgezeigte Möglichkeit einer Ratenzahlung von 2015 bis 2019 ist in den jeweiligen Haushalt der Landeshauptstadt mit aufzunehmen. Angesichts der zeitlichen Abläufe ist diese Dringlichkeit geboten. Gleichzeitig wird damit E.DIS signalisiert, das eine unterirdische Verlegung der Trasse im Bereich Golm sofort in die Planungen mit einzubeziehen ist.

Das schließt nicht aus, dass die Verhandlungen mit dem Schwerpunkt Bundesnetzagentur zwingend aufgenommen bzw. weiter geführt werden. Ziel dabei ist die Rückzahlung der dann von der Stadt übernommenen Mehrkosten.“

Herr Heinzl betont, dass überall Gefahrenzonen beseitigt werden, bspw. durch Zebrastreifen und Ampeln, um die Gesundheit zu schützen und nachhaltig zu handeln, warum das nicht auch für Golm gelte.

Auch Herr Schüler betont, dass hier jetzt gehandelt werden muss und Entscheidungen folgen müssen. Er stellt die Frage: „Ist uns das städtisches Geld wert? Die Grünen sagen JA!“

Er fragt, warum es sich hier um Investitionen handelt, da ja keine Investitionsmehrung stattfindet.

Herr Exner berichtet aus dem § 47 der KomHKV.

Herr Engels vermutet, dass wohl alle die Erdverkabelung wollen und fragt nach der Kostenübernahmebereitschaft der Bürger.

Herr Schultheiß fragt, ob die MEWAG verschenkt wurde oder ob Vermögen in die E.DIS AG eingebracht wurde.

Herr Exner berichtet über die Gesellschaft kommunaler E.ON edis-Aktionäre mbH welche 33 % der Aktien an der E.DIS hält und Potsdam mit einem Anteil von 1,74 % an dieser GmbH beteiligt ist, jedoch keinen Sitz im Aufsichtsrat inne hat.

Frau Gräf findet das Anliegen der BI für richtig und wichtig, aber der Ausschuss für Finanzen könne nur über ein Gesamtpaket abstimmen und das liegt hier nicht vor.

Herr Wolff fragt, ob dieses Vorhaben gestemmt werden könne, da es investiv ist.

Herr Exner informiert nochmal über die Auflagen der Kommunalaufsicht.

Herr Heinzl meint, wenn man will, kann man auch.

Herr Kaminski kann nicht verstehen, dass noch im Jahr 2014 bewusst auf die Gesundheit der Bürger nicht eingegangen wird. Man muss hier handeln und das „wie“ muss geklärt werden, wenn es sein muss auch in Diskussion mit der Kommunalaufsicht.

Herr Dr. Wegewitz merkt an, dass, wenn es sich hier um nachweisbare Gefahren für die Bürger gehen würde, der Bund einschreiten und hätte Gesetze erlassen müsste. Es besteht keine nachvollziehbare Gefahr und es sollten daher keine öffentlichen Gelder ausgegeben werden.

Er stellt sodann den Änderungsantrag der SPD-Fraktion vor:

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Ergebnisse der Einwohnerversammlung Golm vom 29.08.2013 zielgerichtet umzusetzen und mit dem Leitungsnetzbetreiber E.DIS kurzfristig Verhandlungen mit dem Ziel aufzunehmen,

- Die Verlegung der 110-KV-Leitung aus der Ortslage Golm heraus im Rahmen eines Vertrages zu regeln,*
- Die Mehrkosten für eine alternative Trassierung der 110-KV-Leitung als*

Erdverkabelung im Rahmen einer Entwurfsplanung konkretisieren zu lassen und

- *Eine abgemessene Beteiligung der Landeshauptstadt Potsdam an den Mehrkosten als ratierliche Kostenerstattung von mindestens 5 Jahren zu verhandeln.*

Für die kurzfristige Absicherung erster planerischer Schritte zur Konkretisierung der Erdkabeltrasse (Leitungsführung, Kosten etc.) werden aus dem Produktkonto 5110300.5431569 Mittel i. H. v. 50.000 € zur Verfügung gestellt.“

Herr Dr. Stark bringt die Idee ein, die Mittel über Spenden zusammenzutragen, da sie gegenwärtig im städtischen Haushalt nicht eingestellt sind.

Herr Exner bringt einen Ergänzungsvorschlag ein:

„Die Einleitung weiterer kostenauslösender Untersuchungen und Planungen steht unter den Bedingungen, dass

- a) Vereinbarungen mit allen Eigentümern derjenigen Grundstücke, die infolge der Beseitigung der Freileitung einen Wertzuwachs ihrer Grundstücke erhalten, geschlossen werden. In diesen Vereinbarungen haben sich alle Eigentümer zur Zahlung eines Ausgleichs des Wertzuwachses zu verpflichten. Zuvor sind die Wertzuwächse sachverständig zu ermitteln.
- b) Die Zahlung des Ausgleiches binnen der zu vereinbarenden Fälligkeitszeitpunkte auf dem Konto der Landeshauptstadt Potsdam erfolgt ist.
- c) Die Kosten für die Vorplanung gesichert sind.

Die alternative Verlegung mittels Erdkabel steht unter den Bedingungen, dass

- a) Alle diejenigen Eigentümer, auf deren Grundstücken die künftige Verlegung des Erdkabels erfolgen soll, zuvor dieser Verlegung schriftlich zugestimmt haben.
- b) Im Übrigen die Finanzierung gesichert ist.“

Nach kurzer Diskussion zieht Herr Exner den Änderungsantrag zurück, um ihn bis zum Hauptausschuss umzuformulieren.

Kritisiert wurde, dass der Änderungsantrag keine Härtefallregelung besitze und zu sehr vom einzelnen Grundstücksbesitzer ab hänge bzw. vom Einzelnen gestoppt werden könne.

Herr Dr. Wegewitz verbindet die Änderungsanträge der SPD und CDU und stellt diese zur Abstimmung.

Der Hauptausschuss möge beschließen:

- ~~1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit der EonEdis kurzfristig Gespräche mit dem Ziel aufzunehmen,
 - Möglichkeiten zu erörtern, im Rahmen eines städtebaulichen Vertrages die Verlegung der 110 kV-Leitung aus den Ortslagen Marquardt und Golm heraus zu regeln;
 - etwaige Mehrkosten für eine alternative Trassierung der 110 kV-Leitung gegenüber einem Ersatzneubau im bisherigen Trassenkorridor zu konkretisieren und
 - eine Kostenbeteiligung der Landeshauptstadt Potsdam an etwaigen Mehrkosten zu verhandeln, soweit eine Kostenbeteiligung~~

~~Voraussetzung und Folge des angestrebten städtebaulichen Vertrages sein sollte, und soweit eine anderweitige Umlage etwaiger Mehrkosten rechtlich und tatsächlich nicht möglich ist.~~

- ~~2. Vor einer endgültigen Entscheidung sollen Alternative Trassen, insbesondere im Hinblick auf deren kostenmäßigen Auswirkungen, sachverständig untersucht werden. Die Trassierungsalternativen sind mit den örtlichen Bürgerinitiativen im Vorfeld einer möglichen Befassung der Stadtverordnetenversammlung abzustimmen.~~
- ~~3. Der Stadtverordnetenversammlung ist in ihrer Sitzung im November ein Sachstandsbericht zu erstatten, sollte der Hauptausschuss diesen Auftrag an den Oberbürgermeister erteilen.~~

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Ergebnisse der Einwohnerversammlung Golm vom 29.08.2013 zielgerichtet umzusetzen und mit dem Leitungsnetzbetreiber E.DIS kurzfristig Verhandlungen mit dem Ziel aufzunehmen,

- **Die Verlegung der 110-KV-Leitung aus der Ortslage Golm heraus im Rahmen eines Vertrages zu regeln,**
- **Die Mehrkosten für eine alternative Trassierung der 110-KV-Leitung als Erdverkabelung im Rahmen einer Entwurfsplanung konkretisieren zu lassen und**
- **Eine abgemessene Beteiligung der Landeshauptstadt Potsdam an den Mehrkosten als ratierliche Kostenerstattung von mindestens 5 Jahren zu verhandeln.**

Für die kurzfristige Absicherung erster planerischer Schritte zur Konkretisierung der Erdkabeltrasse (Leitungsführung, Kosten etc.) werden aus dem Produktkonto 5110300.5431569 Mittel i. H. v. 50.000 € zur Verfügung gestellt.

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, die Übernahme der Mehrkosten für die unterirdische Leitungsverlegung der 110-KV-Leitung in der Ortslage Golm, dargestellt im Punkt eins und unter Berücksichtigung des Punktes 3 aus der Vorlage 14/SVV/0254, in einer Verwaltungsvorlage in der Aprilsitzung der SVV zum sofortigen Beschluss vorzulegen.

Die im Punkt 1 aufgezeigte Möglichkeit einer Ratenzahlung von 2015 bis 2019 ist in den jeweiligen Haushalt der Landeshauptstadt mit aufzunehmen. Angesichts der zeitlichen Abläufe ist diese Dringlichkeit geboten. Gleichzeitig wird damit E.DIS signalisiert, dass eine unterirdische Verlegung der Trasse im Bereich Golm sofort in die Planungen mit einzubeziehen ist.

Das schließt nicht aus, dass die Verhandlungen mit dem Schwerpunkt Bundesnetzagentur zwingend aufgenommen bzw. weiter geführt werden. Ziel dabei ist die Rückzahlung der dann von der Stadt übernommenen Mehrkosten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	5
Ablehnung:	1
Stimmenthaltung:	1

zu 4.2 Ortspläne an Ortsteileingängen

Vorlage: 13/SVV/0653

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Tagesordnungspunkt wurde zurückgestellt.

zu 4.3 Straßenausbaubeitragssatzung überarbeiten

Vorlage: 14/SVV/0035

Fraktion SPD

Tagesordnungspunkt wurde vom Antragsteller zurückgezogen.

zu 4.4 Zeitplan Haushalt 2015/2016

Vorlage: 14/SVV/0196

Oberbürgermeister, Fachbereich Steuerung und Innovation, Fachbereich Finanzen und Berichtswesen

Herr Exner stellt die Mitteilungsvorlage vor.

Herrn Wolff fehlt die enge Verzahnung mit Bürgerhaushalt.

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis:

Die Landeshauptstadt Potsdam (LHP) ist eine prosperierende und wachsende Stadt. Die Bevölkerungsprognose der LHP geht davon aus, dass im Jahr 2030 voraussichtlich mehr als 178.000 Einwohnerinnen und Einwohner in der Stadt leben werden. Der Zuwachs von Kindern und Jugendlichen wird dabei besonders stark sein. Es werden erhebliche Investitionen in den Erhalt und Ausbau der kommunalen Infrastruktur erforderlich sein. Die aktuellen Entwürfe der Schulentwicklungsplanung bzw. des Verkehrsentwicklungskonzeptes spiegeln diese Entwicklung bereits deutlich wieder und machen die enormen Auswirkungen auf den städtischen Haushalt deutlich.

Die LHP beabsichtigt – beginnend ab 2014 - einen Strategischen Steuerungsprozess zu implementieren, um sich auf die Herausforderungen dieser Entwicklung einzustellen. Der diesbezügliche Beschluss zur Integration des Strategischen Steuerungsprozesses und Leitbildentwicklung wurde in die Stadtverordnetenversammlung am 05.12.2013 unter der DS 13/SVV/0660 gefasst.

Das Haushaltsaufstellungsverfahren 2015/2016 wird bereits erste strategische Ansätze enthalten, um den Planungsprozess entsprechend ausrichten zu können. So werden u.a. die für den Haushalt 2013/2014 formulierten Handlungsschwerpunkte (DS 12/SVV/0732) im Rahmen der Planung 2015/2016 zu qualifizieren und fortzuschreiben sein. Zu Beginn des Planungsprozesses 2015/2016 wird die Verwaltungsspitze wichtige Grundsatzentscheidungen erörtern und somit Vorgaben für die weitere Planung der Geschäfts- und Fachbereiche entwickeln. Die Meilensteine des Haushaltsaufstellungsverfahrens und des Bürgerhaushaltsverfahrens sind der beigefügten Anlage 1 zu entnehmen. Die gültige mittelfristige Planung 2015 bis 2017 (Anlage 2) wird derzeit unter den gegebenen Rahmenbedingungen verifiziert. Die allgemeinen Finanzierungsmittel werden dabei sorgfältig geschätzt, da die notwendigen

Orientierungsdaten vom Land noch nicht vorliegen.

Auf Basis dieser Entscheidungen kann der Stadtverordnetenversammlung im April 2014 ein Bericht zu den finanziellen Rahmenbedingungen für die Haushaltsjahre 2015 und 2016 sowie für die mittelfristige Planung bis 2019 vorgelegt werden. Über wesentliche Zwischenstationen des Haushaltsaufstellungsverfahrens wird im Hauptausschuss bzw. Ausschuss für Finanzen berichtet.

zu 4.5 Wirtschaftspläne 2014 der Unternehmen, an denen die LHP mit mehr als 50 % beteiligt ist

Vorlage: 14/SVV/0154

Oberbürgermeister, Fachbereich Finanzen und Berichtswesen

Herr Exner bringt die Mitteilungsvorlage ein und erläutert diese kurz.

Auf Grund der aktuellen Tarifverhandlungen möchte Herr Kaminski wissen, ob die erwarteten Mehraufwendungen vom HÖT gedeckt werden können bzw. möchte, dass die Mittelbereitstellung diesbezüglich geprüft wird.

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis:

Wurde eine Haushaltssatzung für zwei Jahre beschlossen, sind gemäß § 11 Abs. 3 Kommunale Haushalts- und Kassenverordnung (KomHKV) Wirtschaftspläne der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit, an denen die LHP mit mehr als 50 % beteiligt ist, zu Beginn des zweiten Haushaltsjahres der Gemeindevertretung und der Kommunalaufsichtsbehörde vorzulegen.

Die Wirtschaftspläne 2014 folgender Unternehmen sind dieser Vorlage beigefügt:

- Hans Otto Theater GmbH
- Klinikum Ernst von Bergmann gGmbH Potsdam
- KUBUS gGmbH
- Musikfestspiele Sanssouci und Nikolausaal Potsdam gGmbH
- ProPotsdam GmbH
- Stadtwerke Potsdam GmbH
- Technologie- und Gewerbezentren Potsdam GmbH

Die LHP hat für die Haushaltsjahre 2013 / 2014 erstmals einen Doppelhaushalt aufgestellt. Mit Aufstellung des Haushaltes wurden gleichzeitig die Wirtschaftspläne 2013 als Anlage erstellt und ausgereicht. Da für 2014 kein separates Haushaltsaufstellungsverfahren durchgeführt wird, werden die Wirtschaftspläne 2014 der SVV in Form einer Mitteilungsvorlage zur Kenntnis gegeben.